

Standpunkt: Berufsorientierung – auch an Gymnasien!

Dem deutschen System der dualen Berufsausbildung geht es wie dem Propheten im eigenen Land: Einerseits wird es spätestens seit der Finanzkrise international bewundert und adaptiert (z. B. in Spanien), andererseits droht es im eigenen Land aufgrund der rückläufigen Ausbildungszahlen auszubluten.

Eine Ursache stellt das Übergangsverhalten der Abiturientinnen und Abiturienten dar: Im Jahr 2013 haben erstmals mehr junge Menschen ein Studium als eine Berufsausbildung aufgenommen; zugleich wurde mit 530.000 neuen Ausbildungsverträgen ein historischer Tiefstand erreicht.

Auch die Bildungspolitik, die jahrelang eine höhere Akademisierungsquote gefordert hat, ist alarmiert: Spiegel Online titelte am 12. April 2014: "Kampf gegen Lehrlingsmangel: Regierung will mehr Abiturienten arbeiten sehen". Und Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung, äußerte sich wie folgt: "Wer studieren will und die Chance hat, dabei erfolgreich zu sein, dem dürfen wir keine Steine in den Weg legen." Mit Blick auf die hohe Abbrecherquote im Studium fügt die Ministerin hinzu: "Für manchen ist es vielleicht besser, zunächst eine betriebliche Ausbildung zu beginnen." (NWZ vom 11.04.2014)

Frau Wanka ist zuzustimmen. Aber: Wie sollen die Studierenden einen für sie passenden Studiengang, Ausbildungsberuf u. a. m. finden, wenn in den Lehrplänen der meisten Bundesländer (darunter auch Niedersachsen) kaum Zeit für die Studien- UND Berufsorientierung vorgesehen ist? Es verwundert dann kaum, dass die Anschlussalternative "Berufsausbildung" mangels Kenntnis der beruflichen Perspektiven nicht in die Überlegungen der Schülerinnen und Schüler einbezogen wird.

Für Niedersachsens Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ist zu hoffen, dass die von der Kultusministerin Frauke Heiligenstadt angekündigte Ausweitung der Berufs- und Studienorientierung im Zuge der Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren (http://www.mk.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=34581&article_id=123195&psmand=8) angemessen umgesetzt wird. Das bedeutet neben einem höheren Zeitdeputat auch verbindliche Vorgaben zur Umsetzung in den Schulen, insbesondere die Berücksichtigung aller Anschlussoptionen und die Verankerung insbesondere im Fach Politik-Wirtschaft, gekoppelt mit umfangreichen Fortbildungsmaßnahmen für die Lehrkräfte.

Das Institut für Ökonomische Bildung hat auf die Notwendigkeit zur umfassenden Berufs- und Studienorientierung bereits 2009 reagiert. Im Rahmen des Pilotprojektes BOGn (Berufs- und Studienorientierung in Gymnasien; <http://www.ioeb.de/berufsorientierung-bogn>) wurde ein modulares Konzept zur Unterstützung der Berufs- und Studienorientierung in den



gymnasialen Schulformen entwickelt, das erfolgreich an Schulen in Oldenburg, Bremen und Ostbrandenburg mit über 3.000 Schülerinnen und Schülern - unter Einbeziehung der Lehrkräfte - erprobt und implementiert worden ist.

Sö, 22. April 2014